



**Rede von Bürgermeister Daniel Töpfer
zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2020
am 16. März 2020**

ACHTUNG: SPERRFRIST

Veröffentlichung in allen Medien – auch in Auszügen
frühestens am 18.03.2020

**Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

nachdem wir in den vergangenen vier Jahren die kommunalen Haushaltsmittel mit zwei Doppelhaushalten bewirtschaftet haben, biegen wir mit dem Beschluss über den Haushaltsplan für das Jahr 2020 am heutigen Abend wieder in den Modus einer Einjahresplanung ein. Dies hat den Hintergrund, dass wir zum 01.01.2020 die kommunale Doppik eingeführt haben und uns damit nun von der jahrzehntelangen kameralen Welt verabschieden.

Das Neue Kommunale Haushaltsrecht, kurz NKHR, ist eine Begrifflichkeit, die Dank guter Vorbereitung und intensiver Befassung in unserem Gremium mittlerweile schon geläufig ist. Mit dem ersten doppelischen Haushalt müssen wir uns auch von gewohnten Kenngrößen wie bspw. dem Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt trennen. Auch die sog. „Rücklage“, die jedes Jahr von großem Interesse ist, wird es künftig nicht mehr geben. Stattdessen finden Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie die sog. „liquiden Mittel“ Eingang in unseren Sprachgebrauch.

Das hatte zur Folge, dass wir alle alten Haushaltsstellen in die neuen Sachkonten überleiten mussten. Leider hat dies auch zur Folge, dass die jeweiligen Planansätze nicht mehr mit den Rechnungsergebnissen der Vorjahre vergleichbar sind. Sie sehen es auch am vorliegenden Zahlenwerk, das mit insgesamt 535 Seiten doch umfangreich angewachsen ist. Dabei möchte ich Ihnen nicht verschweigen, dass die Umstellung auf das NKHR für die gesamte Verwaltung einen großen Kraftakt bedeutet und über einen langen Zeitraum viele Ressourcen fest gebunden hat.

Nun aber zu den wichtigen Zahlen der nächsten beiden Jahre: Wir verabschieden heute für das Haushaltsjahr 2020 ein ordentliches Ergebnis, das mir Schweißperlen auf die Stirn treibt: Wir rechnen mit einem Defizit am Jahresende i.H.v. **5,173 Mio. €**. Davon entfallen alleine rund 3,3 Mio. € auf Abschreibungen, sodass schnell deutlich wird, dass wir es im Jahr 2020 nicht schaffen werden, die laufenden Aufwendungen mit den laufenden Erträgen zu erwirtschaften. Das Fazit ist deshalb glasklar: Die Gemeinde lebt dadurch von der Substanz!

In der Verwaltung haben wir und insbesondere unsere Kämmerin die deutliche Verschlechterung des Gesamtergebnisses mit Umstellung auf die Doppik schon seit Jahren prophezeit, nun ist es Realität. Ursächlich dafür ist das in hohem Umfang vorhandene und überwiegend sehr teure Infrastrukturvermögen der Gemeinde in beiden Ortsteilen sowie die in den Vorjahren gelegten hohen, teilweise sehr hohen, Standards.

Mit der Umstellung auf die Doppik hat eine weitere Begrifflichkeit Einzug in das kommunale Sprachrepertoire gefunden, das mir persönlich sehr am Herzen liegt: ich meine die intergenerative Gerechtigkeit. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Gemeinde für ihre stetige Aufgabenerfüllung Erträge und Aufwendungen zwingend in Einklang bringen muss, um nachfolgende Generationen nicht über Gebühr mit vorangegangenen Entscheidungen zu belasten. Dieser Vorgabe werden wir im Jahr 2020 und, wenn wir nichts ändern, auch in den kommenden Jahren nicht gerecht.

Was können und was müssen wir also tun? Im Rahmen unserer Haushaltsklausurtagung mit dem Gemeinderat Ende Februar hat die Verwaltung verschiedene Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen, die wir intensiv diskutiert und am Ende mit großem Einvernehmen auch beschlossen haben.

Die Maximen für das laufende und zukünftige Haushaltsjahre sind genau dieselben, die ich seit meinem Amtsantritt in der Gemeinde Weissach im Jahr 2014 predige, auch wenn mir bewusst ist, dass es viele nicht hören und leider auch einige beharrlich nicht verstehen wollen: Wir müssen uns als Gemeinde dringend auf die wesentlichen Aufgaben reduzieren, denn wir stemmen immer noch einen Strauß an freiwilligen Aufgaben, die jedoch zu allererst reduziert werden müssen, wenn wir den Rotstift an den Haushalt anlegen. Auch unsere Ausgaben müssen wir kontinuierlich senken und unsere Einnahmen konsequent erhöhen, die in einigen Bereichen nach wie vor, teilweise seit über einem Jahrzehnt, unterdurchschnittlich sind. Und am Ende entscheiden natürlich die festgelegten Standards über die Folgekosten, zu denen ich unmissverständlich feststellen möchte, dass wir uns den bisherigen Standard dauerhaft nicht mehr leisten können, wenn wir nicht eines Tages dafür Kredite aufnehmen wollen.

Deshalb haben wir dem Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsklausurtagung vorgeschlagen, dem Haushalt flächendeckend über alle Budgets eine Sparrunde zu verordnen und die Ausgabeansätze, die von der Gemeinde gesteuert werden können, um 10 % zu kürzen. Dies werden wir im Alltag und im Gemeindeleben spüren und es bedeutet Einschnitte, die meiner persönlichen Auffassung nach jedoch unter Berücksichtigung des gewohnt hohen örtlichen Standards vertretbar sind. Dadurch erreichen wir eine Ergebnisverbesserung von rund einer halben Millionen Euro. Ebenso haben wir bei den Personalausgaben aus den Erfahrungen der Vorjahre heraus eine globale Minderaufwendung mit einem Umfang von rund 600.000 € geplant, sodass wir in 2020 bei knapp 8,7 Mio. Euro Personalausgaben landen. In 2019 lagen die Personalausgaben bei rund 8,8 Mio. Euro, sodass schnell deutlich wird, dass wir im Jahr 2020 weitere Einsparungen vornehmen, da alleine die tariflichen Steigerungen mehr als 100.000 €

betragen. Damit setzen wir im Jahr 2015 eingeschlagenen Kurs konsequent fort, mit dem wir seither erfolgreich Jahr für Jahr die Personalausgaben erfolgreich reduziert haben.

Dies führt zwar zu einer leicht verbesserten Situation, im Ergebnis jedoch noch nicht dazu, einen ausgeglichenen Gesamtergebnishaushalt zu erzielen. Deshalb haben wir uns über die Anträge der Fraktion der Freien Wähler und der Bürgerliste gefreut, erstmals auch die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer anzuheben. Mit dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt widmen wir uns diesem Thema ausführlich und kann vorausschicken, dass wir beide Steuerarten mit jeweils sehr großer Mehrheit zur Beschlussfassung empfohlen haben.

Bei positiver Beschlussfassung gleichen wir uns beim Hebesatz für die Grundsteuer, bei der wir im Landkreis Böblingen aktuell das Schlusslicht sind, dem Durchschnittssatz an. Seit 14 Jahren ist die Grundsteuer in Weissach und Flacht unverändert niedrig, sodass wir im Gemeinderat die nun vorgesehene Erhöhung um 100 Punkte für angemessen und vertretbar erachten. Auch der Gewerbesteuerhebesatz soll um 30 Prozentpunkte angehoben werden.

Die Kenner werden beim Blättern im Zahlenwerk schnell feststellen, dass wir auch weiterhin bei den Planungen zu den Gewerbesteuereinnahmen sehr vorsichtig und zurückhaltend schätzen. Die Planansätze bewegen sich weiterhin im Bereich von 3,5 Mio. Euro. Die Planbarkeit für Weissach ist weiterhin sehr schwierig, da lediglich die Gewerbesteuereinnahmen der klein- und mittelständischen Unternehmen der Gemeinde verlässlich sind – allerdings auch nur rund 1,5 Mio. Euro betragen.

Seit der Haushaltsklausurtagung Anfang Februar hat sich die Prognose innerhalb eines einzigen Tages deutlich verschlechtert. Vergangene Woche hat uns ein Bescheid des Finanzamtes in Stuttgart erreicht, mit dem wir nun rund 4 Mio. Euro Gewerbesteuer sowie nahezu 2 Mio. Zinsen darauf zurückzahlen müssen. Die Zinsen schmerzen dabei besonders stark, denn sie belasten den kommunalen Haushalt in voller Höhe und beruhen auf einer Gewerbesteuereinnahme der Gemeinde aus dem Jahr 2009, die bis heute steuerrechtlich nicht final festgestellt wurde.

Und damit bin ich – wieder einmal – beim kritischsten Thema der Kommunal Finanzen: Auch wenn unsere Bürgerschaft davon ausgeht, dass die Gemeinde aufgrund der bislang guten finanziellen Ausstattung eine beachtliche Rücklage bilden konnte, kann diese schon morgen Makulatur sein. Denn diese Aussage beruht auf der Basis, dass von den bislang erhaltenen Gewerbesteuereinnahmen keine Rückzahlungen mehr erfolgen. Da allerdings alle Jahre seit dem Jahr 2009 noch offen und damit nicht abgeschlossen sind, können uns täglich böse Überraschungen bevorstehen. Eines der betroffenen Jahre war das Rekordjahr 2010, in dem die Gemeinde über 220 Mio. Euro Gewerbesteuern eingenommen hat. Auch die Folgejahre bis 2014 waren von hohen Summen geprägt.

Sollte die Gemeinde im hypothetischen Fall auch nur 10 % der eingenommenen Gewerbesteuern zurückzahlen müssen, was zu keinem Zeitpunkt kalkulierbar wäre, führt dies zu dramatischen Folgen, denn zu diesem Zeitpunkt wäre die Gemeinde „pleite“. Die Frage der Haushaltskonsolidierung stellt sich dann nicht mehr, ab diesem Zeitpunkt wären sehr starke Einschränkungen eine unmittelbare Konsequenz. Daher leben wir „auf Pump“ von noch nicht endgültig festgesetzten Gewerbesteuerabrechnungen, die noch bis zu zehn Jahre zurückgerechnet werden können. Die Wahrscheinlichkeit für Rückzahlungen schätzen wir dabei als nicht unwahrscheinlich ein.

Die bislang gute konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik sehen wir aufgrund der Auswirkungen des Coronavirus derzeit eher kritisch. Auf Basis der übermittelten Zahlen der Steuerprognose zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltes ist mit einer gleichbleibenden Zuweisung aus dem Finanzausgleich beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 6,2 Mio. € und einer leichten Steigerung von 0,4 Mio. € beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zu rechnen. Die Prognose liegt gesamt bei 9,8 Mio € und ist zwischenzeitlich ein wesentlicher Finanzierungsanteil für die Kommune.

Ausgabeseitig stehen in den kommenden Jahren wieder einige neue Projekte und vor allem der Abschluss laufender Projekte an:

- die Erweiterung Kläranlage ist bereits im Bau und der 2. Bauabschnitt wird realisiert. Im Zeitfenster bis zum Jahr 2022 werden wir über 6 Mio. € in unsere Kläranlage investieren
- die Erschließung des Neubaugebiets „Kirchbergstraße“ in Flacht wird mit 1,2 Mio. € zu Buche schlagen und im April abgeschlossen sein. Parallel planen wir bereits die Erschließung des Gewerbegebiets „Neuenbühl III“ in Flacht mit Gesamtkosten bis zum Jahr 2022 i.H.v. rund 4,5 Mio. €
- nach den zahlreichen Bauaktivitäten in den Jahren 2015 bis 2019 werden wir in diesem Jahr nur wenig gänzlich neue Bauprojekte angehen. Exemplarisch sei die Sanierung der Friedhof- und Brunnenstraße für rund 1,2 Mio. € genannt oder die Gestaltung der „Neuen Ortsmitte Weissach“, für die Planungskosten im Umfang von rund 460.000 € anfallen werden
- zahlreiche Altlasten müssen wir nun auch im Bereich des Tiefbaus in Ordnung bringen, bei denen über lange Jahre hinweg leider nur wenig geschehen ist. So arbeiten wir die Eigenkontrollverordnung im Umfang von 600.000 € auf und erstellen ein dringend benötigtes Konzept für die Sanierung der Strudelbachverdohlung für rund 300.000 €

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wir haben in den letzten Jahren gute Arbeit für unsere Gemeinde geleistet. Wir haben Defizite definiert und sind sie konsequent angegangen. Vieles ist bereits auf den Weg gebracht worden: Zahlreiche Satzungen wurden überarbeitet, Gebühren und Entgelte angemessen angehoben, freiwillige Leistungen verringert oder eingestellt.

Viele Aufgaben liegen weiterhin vor uns. Die Anstrengungen und Erfolge sind nicht sofort in allen Bereichen sichtbar, werden sich aber einstellen. Um Verständnis möchte ich frühzeitig bitten, dass einige Projekte aufgrund der sich dieser Tage sehr dynamisch entwickelnden Lage zum Coronavirus hinten angestellt oder verschoben werden müssen. Die kommenden Tage und Wochen werden uns stark fordern und den Rathausbetrieb streckenweise vollständig lahm legen, um die grundlegenden Verwaltungsfunktionen aufrecht erhalten zu können.

Den mit dem gesamten Gemeinderat eingeschlagenen Weg und das hohe Maß an Transparenz in unserem Handeln und mit unseren Entscheidungen werde ich auch in diesem Jahr kraftvoll weitergehen. Ein großer und herzlicher Dank gilt meinem Team auf dem Rathaus, die mit einem unglaublich starken Engagement alles dafür zu tun, unsere Gemeinde zukunftsfähig aufzustellen und durch so manche Klippen zu manövrieren.

Es wird auch im Jahr 2020 Aufgabe der Verwaltung und des Gemeinderates sein, für die kommenden Haushaltsjahre nicht nur die Wirtschaftlichkeit zu steigern, sondern vor allem auch Aufgabenkritik der Gemeindeleistung sowie Ausschöpfung von Einnahmepotenzialen zu üben, um die ungesunde Höhe der Defizite zu verringern. Das ist eine anspruchsvolle, aber keine unmögliche Forderung, auch wenn dabei weiterhin unliebsame Entscheidungen zu treffen sein werden, die ganz sicher keine

Begeisterungstürme auslösen. Als Hauptorgan ist es jedoch unsere originäre Steuerungsfunktion und Verantwortung gegenüber der gesamten Gemeinde, zusätzliche bzw. neu hinzukommende Projekte nicht ohne Deckungsvorschlag zu beschließen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen zu führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die Verwaltung hat über Monate hinweg intensiv am heute zu beschließenden Haushalt gearbeitet. Ich danke stellvertretend unserer Kämmerin, Frau Richter, für alle, die an der Vorbereitung und Aufstellung mitgewirkt haben.

Der Gemeinderat hat in den Haushalt in seiner Klausurtagung Anfang Februar intensiv beraten. Ich bin überzeugt davon, dass wir als Ergebnis einen realistischen, umsetzbaren und aussagekräftigen ersten doppischen Haushalt als Grundlage vorlegen.

Herzlichen Dank!